

Donnerstag (Vormittag), 8. September 2022 / Lundi matin, 8 septembre 2022

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

29 2022.RRGR.39 Motion 026-2022 Flück (Interlaken, FDP)
Deponie von Geschiebe aus Naturereignissen – dringender Handlungsbedarf!

29 2022.RRGR.39 Motion 026-2022 Flück (Interlaken, PLR)
Dépôt des éléments charriés lors d'événements naturels : il faut agir au plus vite !

Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.

Vizepräsident. Wir werden also den Vormittag noch zusammen bestreiten bis zur Mittagspause. Wir kommen zu Traktandum 29, das ist eine Motion von Grossrat Flück. Der Regierungsrat empfiehlt die Annahme als Postulat. Wir führen hier eine freie Debatte.

Peter Flück, Interlaken (FDP), Motionär. Als ich letzten Herbst im Breitlauenen-Graben war und das Geschäft für die Überwachung vorbereitet habe, um diesen Kredit zu sprechen, bin ich einmal mehr vom Schwellenpräsidenten von Guttannen auf diese Problematik aufmerksam gemacht worden. Er hat aufgezeigt, dass sie Probleme mit dem Deponieren des Geschiebes haben, welches dort daherkommt, das die Aare bringt, und das auch der Breitlauenen-Graben bringt.

Was wollen wir jetzt mit dieser Motion? Wir wollen, dass die Geschiebebewirtschaftung und die Lagerplätze für das Leeren von Geschiebesammlern und von diesen Gerinnen mit Geschiebeüberschuss künftig im Wasserbauplan-Verfahren bewilligt werden können. Warum? Meistens muss das Geschiebe für viel Geld auf reguläre Inertstoffdeponien transportiert und dort gelagert werden. Das kostet die Wasserbauverbände, die Schwellenkorporationen, aber auch den Kanton enorme Summen von Geld.

In manchen Gebieten in unserem Kanton besteht ein akuter Deponienotstand für die Entsorgung von Inertstoffen aus sauberem Aushubmaterial aus der Bautätigkeit – das ist hier im Grossen Rat schon mehrmals aufgepoppt und wurde auch diskutiert. Es ist nicht nachhaltig, das knappe Deponievolumen, das wir eben haben, für teures Geld mit Material aus Hochwasserereignissen aufzufüllen. Es ist vor allem nicht nachhaltig, weil dies aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels in Zukunft leider zunehmen wird. Häufig könnte ein guter Teil des anfallenden Geschiebes von den Wasserbaupflichtigen, also von der Schwellenkorporation, direkt an die Bauwirtschaft verkauft werden für die Wiederverwertung. Ein weiterer Teil könnte an Gewässer mit Geschiebe-Defiziten zurückgegeben werden.

Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass sie grundsätzlich Handlungsbedarf ortet, dass sie also sieht, dass unsere Motion doch etwas bewirken sollte. Das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau vom 14. Februar 1989 (Wasserbaugesetz, WBG) lässt unsere Forderung ja schon heute in gewissen Fällen zu. Ich frage mich einfach nur, warum man das so zurückhaltend anwendet, und warum die Schwellenkorporationen dazu kommen, uns aufzufordern, eine solche Motion einzureichen.

Wenn die Regierung in der Antwort schreibt, dass Lagerplätze und Inertstoffdeponien nicht ohne weiteres im Rahmen des Wasserbauplan-Verfahrens bewilligt werden können, dann verstehe ich das sogar sehr gut, aber wir fordern ja nicht die Lagerung von Inertstoffen, wir verlangen die Lagerung von Geschiebe, wie es normal in unseren Gewässern daherkommt.

Weiter zeigt die Regierung auf, dass es wahrscheinlich schwierig sei, solche Lagerplätze in unmittelbarer Nähe des Gewässers zu finden. Das sehen meine Mitmotionäre und Mitmotionärinnen und ich etwas anders, vor allem, weil dies eben von den Schwellenkorporationen gefordert wird. Diese

würden das wahrscheinlich kaum fordern, wenn sie jetzt schon solche möglichen Lagerplätze finden würden.

Wir haben ein sehr positives Echo, sehr positive Rückmeldungen auf unseren Vorstoss erhalten, einerseits von Schwellenkorporationen, andererseits aber auch von den Regionalkonferenzen und den Planungsverbänden, die das Anliegen unterstützen. Ich habe nach der Antwort der Regierung sogar Anrufe erhalten, in denen man mich gebeten hat, unbedingt an dieser Motion festzuhalten. Ich bitte hier auch um Ihre Unterstützung. Unterstützen Sie die Motion, damit die Schwellenkorporationen möglichst günstig das Geschiebe deponieren und allenfalls auch wiederverwerten können. Die FDP-Fraktion, das gebe ich auch gleich bekannt, unterstützt die Motion praktisch einstimmig.

Ernst Wandfluh, Kandergrund (SVP), Mitmotionär. Ich war an einer Infoveranstaltung zum «Spitzen Stein», Kandersteg. Wir haben hier schon einmal darüber diskutiert. Der Kanton hat einen Beitrag gesprochen für die Überwachung dieses Gebiets. Man spricht von insgesamt rund 20 Millionen Kubikmetern Geschiebe, das in Bewegung ist. Jetzt aktuell rechnen sie damit, dass in den nächsten Tagen vielleicht 500'000 Kubikmeter herunterkommen könnten. An dieser Veranstaltung wurde ich von der Schwellenkorporation und von den Gemeinden auf dasselbe aufmerksam gemacht, das sei genau das, was sie brauchen.

Am Tag darauf, glaube ich, hat mich Peter angerufen: «Hör zu, ich bin da bei Guttannen draufgekommen, wie siehst du das?» Ich sagte, ich hätte genau die gleiche Idee, und wir sollten loslegen. Im Nachgang dazu, oder besser gesagt im Vorfeld der Fraktionssitzungen und der Gespräche, die an den Fraktionssitzungen geführt wurden, ging ich nochmals zum Schwellenkorporationspräsidenten und fragte ihn, wie er das sehe, es gäbe Befürchtungen, dass es komplizierter würde. Er sagte, nein, das sei genau das, was sie in Kandersteg bräuchten, und wir sollten bitte an der Motion festhalten. Man hatte auch Rücksprache mit den Gemeinden, auch diese sagen, sie bräuchten dies. Und so bitte ich Sie, helfen Sie bei dieser Motion.

Jürg Rothenbühler, Rüderswil (Die Mitte), Mitmotionär und Fraktionssprecher. Der Motionär Flück hat die Forderung der Motion gut erläutert. Ich wurde zum ersten Mal vor etwa zehn Jahren mit der Problematik konfrontiert, als es bei uns in Zollbrück ein sehr starkes Unwetter gab und genau solches Geschiebe anfiel. Diese Problematik beschäftigt unsere Schwellenkorporationen sehr. Ich spreche jetzt hier vor allem aus der Emmentaler Sicht. Wir haben ja auch vermehrt diese Unwetter. Unsere Kiessammler füllen sich, und zwar eben auch vermehrt, und sind sehr, sehr kostenintensiv. Wir haben hohe Transportkosten, hin, also in die Grube, und wieder zurück. Wir müssen es lagern als Inertstoff. Und ich kann Ihnen sagen, das wird von unserer Bevölkerung einfach nicht verstanden. Also haben wir hier dringenden Handlungsbedarf.

Wir produzieren hier unnötig Kosten, welche die Öffentlichkeit bezahlen muss, und da habe ich einfach manchmal das Gefühl, dafür sollten wir eine wirklich vernünftige Lösung haben – und das will man hier mit dieser Motion. Wenn man den letzten Satz der Regierung liest, steht hier ja, der Regierungsrat sei grundsätzlich bereit, die gesetzliche Anpassungen zu machen, und das in Erwägung zu ziehen. Wie der Motionär Flück bereits gesagt hat, auch die Regionalkonferenzen sehen hier Handlungsbedarf und wünschen, dass man das einmal anschaut. Aus diesem Grund wird die Mitte dieser Motion einstimmig zustimmen.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. In dieser Motion geht es eigentlich um die rasch steigenden Kosten der Anpassung an den Klimawandel. In der Klimakrise, in der wir mittendrin stecken, nimmt einerseits die Trockenheit zu, das haben wir in diesem Sommer gesehen, aber es nehmen – und das haben wir auch schon gesehen – auch die anschliessenden Starkniederschläge zu. Die Regenereignisse werden immer intensiver. Das ist genau das Szenario, vor dem uns die Klimaforscher eigentlich schon seit Jahrzehnten warnen.

Schon in meiner Ausbildung am Lehrerseminar – und der Begriff Seminar zeigt, dass dies doch schon ein Moment her ist – hat man uns diesen Zusammenhang gezeigt. Wir hatten dort einen Geografielehrer, der 1995 in einem Kurs festgehalten hat, dass die Gewässerbewirtschaftung vor grossen Herausforderungen bei den Gewässerverbauungen und auch bei der Geschiebepbewirt-

schaftung steht. Wie gross die Herausforderungen sind, und wie sie immer grösser werden, das konnte ich als Journalist im Berner Oberland in den letzten zwanzig Jahren hautnah miterleben und ich konnte das immer wieder an vielen Beispielen sehen.

Der Vorstoss, wir haben es gehört, wurde ausgelöst durch die Ereignisse im Ritzgraben. Es gab gerade in Guttannen schon zuvor sehr grosse Ereignisse. Der Rotloui-Bach zum Beispiel, mit Geschiebemengen, die Sie nicht mehr einfach so wegführen und deponieren können. Bei der «Rotloui» hat man das dann auch nicht gemacht, weil es gar nicht möglich gewesen wäre.

Aber auch bei den Ereignissen, wo man es macht, ist der Aufwand riesig, das Geröll aufzuladen, wegzuführen und in den – knapp vorhandenen – Deponiestandorten wieder abzuladen. Das ist einerseits aus Kostengründen nicht ideal, wir haben es gehört, für die Schwellenkorporationen ist das eine Belastung, aber andererseits ist es auch nicht ideal aus Nachhaltigkeitsgründen, weil diese Transporte doch ... *(Der Vizepräsident unterbricht mit dem Hinweis, dass die Simultandolmetzung nicht funktioniert. Nach Behebung des technischen Problems erteilt er dem Redner wieder das Wort. / Le vice-président intervient pour signaler que l'interprétation simultanée ne fonctionne pas. Il redonne la parole à l'orateur lorsque le problème technique est résolu.)* ... einen grossen CO₂-Ausstoss verursachen, und deshalb sollte man möglichst versuchen, sie zu minimieren.

Deshalb erachtet es die grüne Fraktion als sinnvoll, wenn unbelastetes Geschiebe in der Nähe des Gewässerraums gleich wieder abgelagert werden kann und nicht aufgeladen, transportiert, und in knappem Deponie-Raum wieder abgeladen werden muss.

Eine Minderheit der Fraktion hat die Befürchtung, dass eine Regelung im Rahmen des ... *(Der Vizepräsident unterbricht den Redner wegen einer technischen Störung. / Le vice-président interrompt l'orateur à cause d'un problème technique.)* ... Wasserbauplan-Verfahrens zu Missbräuchen führen kann, indem wegen mangelnder Kontrolle Inertstoffe im Gewässerraum deponiert werden könnten. Sie möchten deshalb zuerst eine vertiefte Prüfung der Forderung und würden nur ein Postulat unterstützen. Die grosse Mehrheit der Fraktion unterstützt den Vorstoss auch als Motion, damit die Regelungen rasch angepasst werden können und nicht weiterhin unnötige Transporte nötig sind.

Mit dem rasch voranschreitenden Klimawandel, der zumindest von den Direktbetroffenen, nicht mehr der Hand gewiesen werden kann, werden solche Ereignisse in einem Masse zunehmen, dass wir die Deponiefrage sowieso früher oder später neu regeln müssen. Darum: Bitte, nehmen Sie die Motion an.

Dominik Blatti, Oberwil i. S. (EDU), Fraktionssprecher. Wir von der EDU-Fraktion unterstützen die Motion. Wir gehen mit dem Motionär einig, dass in Krisensituationen einfach und sofort gehandelt werden muss. Schnelle und rasche Lösungen sind in solchen Momenten sehr wichtig. Als ehemaliger Feuerwehrkommandant war ich selber von solchen Ereignissen betroffen, als wir Schutt möglichst zeitnah in der Nähe deponieren sollten. Wir waren froh, dass wir mit dem Statthalter und den Schwellenkorporationen gute Lösungen finden konnten.

Wir finden es wichtig, dass dies jetzt mit dieser Motion überwiesen werden kann. Damit können wir für kurze Transportwege sorgen. Die Transporte belasten unsere Strassen und verstopfen den Normalverkehr. Darum ist es wichtig, dass wir diesen Schutt an Ort und Stelle deponieren können. Aus den erwähnten Gründen beantragen wir die Annahme dieser Motion.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Die Naturereignisse mit Hochwasser und Murgängen haben zugenommen. Diesen Sommer habe ich ganz eindrücklich gesehen, wie die angekündigte Flutwelle die Emme herunterkam. Das war vor gut zwei Monaten. Ich bin hingegangen, um mit meinen Buben aus sicherem Abstand zuzuschauen. Es ist unglaublich, was da alles daherkam. Naturereignisse wie dieses kennen wir aber nicht nur aus dem Emmental, sondern auch aus anderen Regionen.

Nach einem solchen Ereignis gibt es viel aufzuräumen. Ich nehme an, die Bilder vom Kemmeriboden-Bad sind über das Emmental hinausgegangen. Geschiebe aus Geschiebesammlern muss weggebracht werden und im schlechtesten Fall wird es auf die Deponien gebracht. Das verursacht Kosten für den Transport, Deponiekosten, und blockiert das knappe Deponievolumen, das anderweitig nötiger gebraucht wird. Ich nehme noch einmal die Idee der Kreislaufwirtschaft auf. Diese

sollte nämlich auch hier zum Tragen kommen. Es darf nicht sein, dass sauberes Material auf Deponien gebracht wird und dann einfach dortbleibt.

Die Lagerung von Geschiebe in unmittelbarer Gewässernähe scheint bereits heute möglich zu sein, aber nur temporär und wortwörtlich nur in unmittelbarer Nähe. Um Unvorhergesehenes zu verhindern und Planungssicherheit zu gewähren, sollen Lagerplätze für Geschiebe zukünftig im Wasserbauplan-Verfahren bewilligt werden können. Die EVP-Fraktion teilt die Haltung des Motionärs und unterstützt darum das Anliegen als Motion.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP), Fraktionssprecher. Ich mache es kurz. Die SP-JUSO-Fraktion geht mit dem Motionär einig, dass ein guter Teil des Geschiebes, das beispielsweise bei Hochwasserereignissen angeschwemmt wird, direkt in der Bauwirtschaft weiterverwendet werden kann oder gar in naheliegenden Gewässer mit Geschiebedefiziten eingesetzt werden kann, und dazu braucht es eben Lagerstandorte in Gewässernähe, die insbesondere im Notfall schnell erstellt werden können.

Aus unserer Sicht ist es selbstverständlich, dass im besagten Geschiebe keine Inertstoffe vorhanden sind. Sollte dies ausnahmsweise trotzdem einmal der Fall sein, würde dieses Geschiebe selbstverständlich dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) unterliegen und könnte nicht an einem der geforderten neuen Standorte zwischengelagert werden. Deshalb steht der Zustimmung zu diesem Vorstoss nichts entgegen. Die SP-JUSO-Fraktion nimmt die Motion an.

Ruedi Fischer, Bätterkinden (SVP), Fraktionssprecher. Ich bin einer von denen, die direkt an der Emme wohnen, und zwar ganz zuunterst, gerade an der Grenze zum Kanton Solothurn, in Bätterkinden. Ich weiss, was Geschiebe heisst. Wir lassen es bei uns durch, lassen es ins Solothurnische hinunter, und unten im Emmenspitz, bevor die Emme in die Aare mündet, wird fast tagtäglich Geschiebe herausgenommen und dort deponiert. Wenn es nötig ist, kann man es wieder brauchen und es wird wieder eingesetzt.

Es besteht tatsächlich Handlungsbedarf im Umgang mit Geschiebe. Das sagt ja auch der Regierungsrat. Für die heftigen Unwetterereignisse, die noch zunehmen werden, wie schon gesagt wurde, müssen wir ein Deponievolumen haben, das zeitgerecht, kostengünstig, und eben nach Möglichkeit vor Ort zur Verfügung steht. Es muss auch rasch gehandelt werden können. So wie ich es verstehe und wie ich informiert bin, haben wir aber das heute schon, und das ist heute schon möglich. Es wird heute schon so gelebt. Es ist mir auch bekannt, dass gerade im Berner Oberland verschiedene Projekte laufen, welche dies weiterentwickeln sollen, und dass dies eben auch dort möglich sein sollte.

Der Sachplan Abbau, Deponie, Transport (ADT) des Kantons Bern hält heute schon fest, dass man solche Deponien schaffen kann. Auch der Bund schliesst dies nicht aus und sagt in der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA), dass dies heute schon möglich ist. Natürlich muss immer der räumliche und der enge Zusammenhang zum Ereignis gegeben sein, das ist klar.

Ich bin überzeugt, es gäbe keinen Zeitgewinn, wenn man jetzt hier etwas ändern würde, und das sagt auch der Regierungsrat, denn schlussendlich müsste trotzdem der Bund über neue Deponiestandorte entscheiden. Wir könnten uns auch vorstellen, oder ich kann mir vorstellen, dass es deswegen dann plötzlich nicht mehr möglich ist, situativ zu handeln, weil wir eben feste Deponiestandorte haben.

Ich fasse zusammen und sage, wir wissen, dass der Kanton bereit ist, dies anzugehen. Er will dies auf Fachebene mit den Behörden vor Ort diskutieren. Aus diesen Gründen folgt die SVP grossmehrheitlich dem Vorschlag des Regierungsrats und empfiehlt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Casimir von Arx, Spiegel b. Bern (GLP), Fraktionssprecher. Es wurde schon viel geredet, ich wiederhole nicht alles. Die wichtigsten Punkte scheinen mir, dass vermehrt Geschiebe anfällt. Das hat mit dem Klimawandel zu tun, wie Grossrat Kohler gesagt hat, und das verlangt, dass wir auch

Anpassungen machen in den Bewilligungsprozessen im Zusammenhang mit der Frage, wo man das Geschiebe deponieren kann.

Der Regierungsrat schreibt, dass man dies ja irgendwie schon alles könne, ich führe das nicht in den technischen Details aus, aber offenbar ist das einfach Theorie. In der Praxis tönt es anders, wie Grossrat Wandfluh gesagt hat. Darum scheint es mir auch nicht sinnvoll, wenn wir hier einfach ein Postulat überweisen, weil sich damit wahrscheinlich nicht viel ändern wird. Die GLP-Fraktion stimmt dem Vorstoss in der Form einer Motion einstimmig zu.

Barbara Josi, Wimmis (SVP), Einzelsprecherin. Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Präsidentin der Kommission Abbau, Deponie, Transport (ADT) des Entwicklungsraums Thun und befasse mich da schon seit Längerem mit dem Abfall-, Deponie- und Transport-Problem, das wir im Kanton Bern haben. Die Problematik ist erkannt. Sie ist wirklich da, aber ich glaube, mit dieser Motion kann sie nicht gelöst werden. Die Branche fordert schon länger eine professionellere Organisation im ADT-Bereich, weil dies eben eine grosse Bedeutung hat.

Die Motion «Geschiebe aus Naturereignissen» kann dies nicht lösen. Es braucht wichtige Steuer- und Kontrollinstrumente, die das professionalisieren, damit man dann auch Entscheide treffen kann in Sachen Projektdeponien, Deponien im Grünen, integrale Verschiebungen, Beurteilung des Deponieengpasses und so weiter und sofort. Die Umsetzung ist im Gange, letztes Jahr wurden im Grossen Rat verschiedene Planungserklärungen beschlossen, vor allem, um endlich einmal eine Massnahme zur Behebung des Deponieengpasses zu ergreifen.

Die Schwellenkorporationen haben jetzt schon die Möglichkeit, Geschiebe zu deponieren und dieses dem Gewässer wieder zurück zu geben. Das wissen wir alle gut. Sie alle wissen aber auch, dass bei einem Unwetter nicht nur wunderbare Steine und Sand und Geschiebematerial kommen, welches man dann aussortieren und verkaufen kann – da kommt auch Holz und was weiss der Kuckuck alles mit, das muss aussortiert werden und kann auch nicht einfach deponiert werden, es verfault nämlich.

Und dann habe ich noch etwas: Es gilt auch, einen Wildwuchs und umweltrechtlich kritische Zustände zu verhindern. Jetzt kommen Sie und sagen, ja, ihr könnt deponieren, das ist überhaupt kein Problem. Wenn aber jemand eine Deponie eröffnen will, dann muss er eine UVP durchlaufen, muss viel Geld ausgeben und muss alle Fachstellen abholen, damit er das überhaupt kann. Dort liegt das Problem. Genau dort muss man das Problem lösen. Hier sagen Sie jetzt einfach, man eröffnet eine Deponie im Oberland, und alle Probleme sind gelöst. Ich kann einer Motion nicht zustimmen. Einem Postulat kann ich zustimmen, denn, wie gesagt, das Problem ist erkannt und wird geprüft.

Vizepräsident. Der Motionär möchte gerne dem Regierungsrat noch zuhören und wird dann im Anschluss an den Regierungsrat nochmals das Wort ergreifen.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Es wurde gesagt, das Klima verändert sich und damit auch die Natur und es ist unvermeidbar, dass wir im Sinne von Schutz und Nutzen immer wieder die gesetzlichen Rahmenbedingungen aufgrund der neuen Verhältnisse anschauen, überdenken und je nachdem anpassen. Da haben wir auch Handlungsbedarf erkannt. Geschiebe muss man künftig zügiger und effizienter entsorgen können. Wir haben in der heutigen Gesetzgebung, wie verschiedentlich gesagt wurde, einen gewissen Handlungsspielraum.

So können Geschiebepbewirtschaftungs- und Lagerplätze mit dem Wasserbauplan-Verfahren unter bestimmten Umständen bereits heute, temporär oder in Notlagen, ad hoc in Gewässernähe bewilligt werden. Nicht verschmutztes Geschiebematerial kann man gemäss Bundesvorgaben unmittelbar neben dem Gewässer endgültig ablagern, sofern eben das Material geeignet ist.

Die vorgeschlagene Regelung über das Wasserbaugesetz führt aber aus folgenden Gründen nicht zum erwünschten Resultat: Wenn man bei den Lagerplätzen keinen engen räumlichen Bezug hat, dann ist die Bewilligung über den Wasserbauplan wegen dem Umweltschutzgesetz problematisch. Dann braucht es eine kantonale Abfall- und Deponieplanung und Sie können sich vorstellen, was das bedeutet, auch zeitmässig. Weil die Deponiestandorte im Kanton Bern rar sind, dürfte es also auch in vielen Fällen schwierig sein, in Gewässernähe einen geeigneten Standort zu finden.

Die Koordination mit der Richtplanung Abbau, Deponie, Transport (ADT) muss auch in diesem Fall sichergestellt werden, wenn man das Verfahren über das WBG regeln will. Auch die übrigen gesetzlichen Vorgaben betreffend Schliessung und Umweltverträglichkeit muss man einhalten. Deshalb ist der erwünschte Zeitgewinn mit dem vorgeschlagenen Vorgehen – dem Vorgehen, das die Motionäre gerne hätten – nicht garantiert.

Aus Sicht des Regierungsrats ist es aber unverzichtbar, dass man in erster Linie praktikable Lösungen auf der Fachebene sucht und das Ziel muss sein, die Planungs- und Bewilligungsverfahren im Einklang mit den Bundesvorgaben zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die entsprechende Diskussion läuft, sie hat schon angefangen: In einem Projekt der Regionalkonferenz Oberland Ost soll die überkommunale Abstimmung von Geschiebeablagerungsplätzen im Rahmen der regionalen Überbauungsordnung festgelegt und baubewilligt werden. Mit diesem Hintergrund könnte man dort Standorte rasch aktivieren, es ist also quasi ein Pilot. Sollten die Lösungsansätze, die man auf Fachebene erarbeitet, gesetzliche Anpassungen notwendig machen, dann wird der Regierungsrat wieder auf Sie zukommen.

Vor diesem Hintergrund beantrage ich: Lehnen Sie das als Motion ab und nehmen Sie es bitte als Postulat an.

Peter Flück, Interlaken (FDP), Motionär. Ich möchte das nicht unnötig verlängern. Ich muss aber noch etwas zu Barbara Josi sagen: Wenn du uns, der Motionärin und den Motionären, unterstellst, wir wollten mit diesem Vorstoss noch rasch irgendwelche wilden Deponien machen, dann hast du diesen Vorstoss nicht richtig gelesen, denn das ist genau das, was wir nicht wollen.

Ich gehe davon aus, dass du gestützt auf deine Funktionen weisst, wie ein Wasserbauplan-Verfahren funktioniert, und dann weisst du haargenau, welche Fachstellen hier einbezogen und eingebunden werden müssen. Da ist also nichts von «da noch rasch im Oberland und im Emmental einen Haufen Kies einfach deponieren». Das wollen wir mit unserer Motion ganz klar nicht. Im Gegenteil, wir wollen, dass das sauber läuft, aber dass es vor allem eben effizienter läuft.

Nach meiner Erfahrung ist es einfach so, dass ein Wasserbauplan-Verfahren rascher über die Bühne gebracht werden kann. Damit wollen wir vor allem den Schwellenkorporationen entgegenkommen. Die Fachdiskussion, welche zurzeit läuft, wie Regierungsrat Neuhaus aufgezeigt hat, soll auch aus unserer Sicht weiterlaufen, aber das kann sie auch mit der Motion. Es gibt dann vielleicht etwas mehr Druck, damit es ein bisschen schneller vonstattengeht.

Es ist richtig, dass man in der Regionalkonferenz Oberland Ost an einem Pilotprojekt arbeitet. Ich frage mich nur, weshalb man mich dann ausgerechnet aus der Regionalkonferenz Oberland Ost angerufen und gebeten hat, diesen Vorstoss nicht in ein Postulat zu wandeln. Ich bitte Sie, doch dieser Motion zuzustimmen.

Vizepräsident. Sie haben es gehört: Wir stimmen über eine Motion ab. Wir warten noch, bis der Motionär an seinem Platz ist, damit er genug Zeit hat, um auf seinen Knopf zu drücken. Das scheint der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur Abstimmung: Wer also der Motion zustimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.39

Annahme / Adoption

Ja / Oui	113
Nein / Non	20
Enthalten / Abstentions	8

Vizepräsident. Sie haben dieser Motion zugestimmt.